

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 Mark, durch die Post 23.50 Mark.  
Einschl. Zustellungsgebühr.  
Erlaubnisse werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Um  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
Einschl. Zeitung einzugehen, für  
unseren eingegangenen Manu-  
skripten wird keine Gewähr über-  
nommen. Kodierung nur mit der  
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-  
gründet. Fern: der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133  
u. 7111, der Bezugspost-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 33 mm breite Milli-  
meter-Spalten der oberen Raum 60 Pf.,  
samt leeren Seiten 40 Pf., Resten  
die 42 mm breite Millimeter-Spalte  
2.50 Mark. Anzeigen werden an  
unserer Geschäftsstelle, an sämtlichen  
Anzeigenstellen, Erlangungsstellen  
6 alle. Erhöht täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Geschäfts-  
stellen: Halle, Neue Promen-  
ade 19, Gr. Brauhausstr. 17,  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstr. 52 und Markt 24,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 571.

Halle, Dienstag, den 7. Dezember 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Deutschland nach Brüssel eingeladen.

### Die neue Wiedergutmachungskonferenz.

Bei dem Vorliegen der deutschen Friedensdelegation in Paris ist am 5. Dezember folgende Note eingegangen:  
„Ich habe die Ehre, Euer Excellenz mitzuteilen, daß die  
technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am  
13. Dezember vorläufig in Brüssel zum Zwecke eines  
vorläufigen Studiums der Frage der Reparation verein-  
baren werden. Die Sachverständigen der Verbündeten  
sollen sich in Brüssel versammeln. Die Sachverständigen, die  
der Zahl nach zwei für jedes beteiligte Land betragen,  
werden einen Bericht an ihre Regierungen erstatten und  
das Protokoll ihrer Sitzung wird der Reparationskommission  
mitgeteilt werden.“  
Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit  
denen der verbündeten Mächte zusammen tagen sollen, wäre  
es Euer Excellenz verpflichtet, mit den Namen der Bevoll-  
mächtigten der deutschen Regierung mit der größten Be-  
schleunigung mitzuteilen.“

### Wo bleibt das Aktionsprogramm der Regierung?

Zur einer Nachbetrachtung des Stuttgarter „Neuen  
Logoskops“ beirät der frühere Reichsminister Schäffer  
die parlamentarische Entwicklung der jüngsten Tage und  
leitet aus ihrer Zerfahrenheit die Notwendigkeit einer be-  
sonderen Aktion der Regierung her. Er schreibt: „Die  
Regierung hat bisher weder ein wirksames Aktions-  
programm noch vor allen Dingen eine problematische  
Mission herausgefunden. Auch die Vorgänge bei dem  
Berliner Streik und in den letzten Tagen des Reichstags-  
schlusses bedeuten höchstens einen Anlauf zu einer solchen  
Mission, nicht aber sie selbst. Denn dazu genügen Worte  
nicht, wenn sie auch so kräftig sind wie diejenigen, mit denen  
der Reichsminister Koch bei allen, für Ordnung, Geheilig-  
keit und Staatsautorität eintretenden Kreisen Anlauf  
und Zustimmung fand. Aber das, was er über die Ein-  
bringung und den Inhalt der bevorstehenden Gesetze sagte,  
war doch recht allgemein und unbestimmt gehalten; und  
sein Reden vom Arbeitsministerium hielt es überhaupt  
nicht für nötig, das Wort zu ergreifen. Das macht stumm  
und mühsam. Gerade auf die gefällige Regelung der  
Materie kommt es an. Die Verordnung des Reichspräsi-  
denten ist ihrer Natur nach eine Ausnahmemaßregel und des-  
halb als nur vorübergehend gedacht. Die Zustände, gegen  
die sie sich richtet, tragen aber den Keim der Wiederkehr  
in sich. Sie muß also möglichst schnell durch eine gesetzliche  
Regelung abgelöst werden, die ihre Grundgedanken in sich  
aufnimmt, ergänzt und weiter bildet. Ob sie, in ein ein-  
ziges Gesetz zusammengefaßt oder auf verschiedene Gesetze  
verteilt, in diesem oder jenem Ressort bearbeitet wird, ist  
hier nicht entscheidend.“ — Schäffer verlangt schleunige Vor-  
richtungen über das Schlichtungsverfahren, die gemeines Recht  
werden sollen. Neben dem Schlichtungsgesetz fordert er den  
Abbau des Beamtenbezuges als Bestandteil eines wirksamen  
Aktionsprogrammes.

### Unrechtmäßige Beschlagnahme von Zigaretten.

Der Reichsfinanzminister hat in einem Erlass vom  
18. November 1920 entschieden, daß die Zigaretten, welche  
wegen Mangels an neuen Steuerzeichen noch mit den alten  
17-Banden versehen und entsprechend den Vorschriften über  
den Abbruch der Zigaretten, eine neue Bandrolle auch nach  
dem 1. Dezember 1920 nicht erforderlich ist. Daran geht  
klar und deutlich hervor, daß Zigaretten, deren Steuerzeichen  
den Abbruch, „Nachsteuerzeichen“ oder ähnlich tragen, auch nach  
dem 1. Dezember verkauft werden dürfen und insbesonders  
auch nicht beschlagnahmt werden können. Trotz dieses Er-  
lasses sind gleich in den ersten Tagen des Monats Dezember  
Beschlagnahmungen erfolgt. Im Reichsfinanzministerium  
wurde von zuständiger Stelle erklärt, daß Beschlagnahmungen  
in keinem Falle zulässig sind, auch dann nicht, wenn die  
Beschlagnahme im Zweifel über die Nachsteuerung ist. In  
keinem Falle sind von Seiten der Zollbehörden Beschlagnahmungen  
anzustellen und dem Eigentümer die Waren ohne Beschlagnah-  
mung zu belassen.

### Aus der demokratischen Bewegung.

Die endgültige Festschreibung der Tagesordnung für den  
demokratischen Parteitag in Nürnberg ist in Hannover vom  
Parteiausschuß erfolgt. Der Parteitag beginnt am Sonn-  
tag, den 11. Dezember, vormittags 9 Uhr, mit der  
Eröffnung. Ihm folgt die Wahl des Vorsitzenden des  
Parteiausschusses. Sodann erstattet der Landesabgeordnete  
S a n t e n den Bericht über den Stand der Organi-  
sation und Reorganisation der Partei, der Reichstags-  
abgeordnete Dr. Fischer den Rechenschaftsbericht. Nach der  
Wittagspause folgt der Bericht von R e i n s über die poli-  
tische Lage, nach ihm spricht Handelsminister Reichs-  
abgeordneter H a m m - W i n d e n über die Länder und das  
Reich. In diese Reihenreihen fällt die Aussprache.

Sonntag, den 12. Dezember, beginnen die Verhandlungen  
vormittags 10 Uhr. Nach dem Mandatsprüfungsaus-  
schuß berichtet fast, wird in die sachliche Beratung wieder  
eingetreten. Zur Verhandlung stehen: Die Not der  
deutschen Wirtschaft (Berichterstatler Abgeordneter Dr.  
W i e l a n d) und Die Bedeutung des Gedulgsaufweilens für  
die deutsche Wirtschaft (Berichterstatler Abgeordneter Dr.  
B ä m e l). Der Referent ist dazu wieder die Aus-  
sprache. Am Montag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr,  
wird die Aussprache über die Wirtschaftslage fortgesetzt  
und schließt mit dem Vorschlag des Reichsausschusses, des  
Vorstandes und des Reichsausschusses vorgenommen. Am  
Dienstag, den 14. Dezember, beginnen die Verhandlungen  
wiederum um 10 Uhr. Als erstes Thema steht auf der  
Tagesordnung: Kirche und Schule im demokratischen  
Staat. Berichterstatler ist Prof. Dr. B a u m g a r t e n -  
R i e l. Korreferent der Reichstagsabgeordnete W e i ß. Das  
zweite Thema lautet: „Der demokratische Staat und die  
Volksgemeinschaft.“ Das Referat erstattet Dr. H e u ß -  
B e r l i n -F r i e d e n s. Auch hier steht der Schluß der  
Verhandlungen wiederum die Aussprache.

Ein Bund demokratischer Handwerker und Gewerbe-  
treibender hat sich am 1. Dezember in Berlin nach Vor-  
trägen der Reichstagsabgeordneten K e i n a t h und Ober-  
meister K r i e t e l gebildet; keine Hauptversammlung soll darin  
bestehen, auf dem Boden der demokratischen Partei die  
Zerstreuten der ihm angeschlossenen Volkstriebe wahrzu-  
nehmen und ausfindig zu machen. In die Reihe des Bundes  
sind der Obermeister K ä h n e r -B e r l i n getreten. Es ist  
dringend zu hoffen, daß dieses Beispiel nicht am Lande  
Nachahmung findet, möge.

Der Reichsausschuß der Deutschen demokratischen Partei  
war am Freitag in Berlin veranlagt, um die letzten  
Vorbereitungen zu dem Nürnberg Parteitag zu besprechen.  
Dabei kam auch der bekannte Antrag der Schlesio-Polnischen  
Landespartei zur Verhandlung. Es wurde be-  
schlossen, ihrem Vorstand folgendes zu antworten: „Der Vor-  
stand der Deutschen demokratischen Partei dankte der Schlesio-  
Polnischen Landespartei für ihre Anregung. Er hat  
wichtiges Verständnis dafür, daß es erstrebenswert ist, die un-  
terschiedlichen deutschen Parteiverhältnisse durch Verständigung  
zwischen einander nachstehende Parteien auf der Grund-  
lage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft natio-  
nalen demokratischen Sozialen und liberalen  
Politik zu verbessern. Der Vorstand der Deutsch-  
demokratischen Partei gibt anheim, bei der Deutschen  
Volkspartei festzukommen, ob dort die Vor-  
aussetzungen für die weitere Verfolgung  
dieser Gedanken vorhanden sind.“

### Deutscher Reichstag.

42. Sitzung, Montag, 6. Dezember, 2 Uhr nachmittags.  
Präsident Loebe eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt  
in die Tagesordnung

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.), er habe keinerlei persönliche  
Zuwendungen erhalten. Die Beiträge, die ihm zur Ver-  
zierung gestellt worden seien, so vom Verband Deutscher  
Lehrerführer, habe er an die Parteikasse abgeführt.  
Weil, sich habe er vier Kräfte eingesetzt, wodurch seine  
politischen Gegner die Möglichkeit gegeben sei, vor dem  
Reichter sich mit ihm über die inäquivalenten Unterlagen ihrer  
Beschuldigungen auseinanderzusetzen. Einer dieser Prozesse  
habe bereits in erster Instanz zur Verurteilung seines  
Gegners geführt.

Abg. Simon-Granten (U. S.) bemerkt dazu, der Vor-  
redner habe alles bestritten, was er (Redner) beleuchtet  
habe. Das genüge ihm.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts wird fort-  
gesetzt beim Hausstand des

Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Böhrig (D. Vpt.) berichtet über die Verhand-  
lungen des Ausschusses. Ein Witz wird nur bei der  
Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft  
beantragt, 44 000 statt 50 000 Mk.

Reichsminister Dr. Hermes: Der Kampf um alle ein-  
schläglichen Fragen hat sich abgeschlossen zu einem Kampfe  
für und gegen die Sozialen und liberalen. Der  
Ernährungsministerium hat den Abbau der letzteren, wie  
er vom Wirtschaftsministerium eingeleitet war, fortgesetzt.  
Wir waren beschränkt, vor allem das An, ebot an Nahrungs-  
mitteln zu vermindern. Bei der Aufhebung der Zwangs-  
wirtschaft für Fleisch und Kartoffeln waren Uebervorteile un-  
vermeidlich. Jedenfalls kann der Verbraucher sich jetzt  
quantitativ besser versorgen, auch billiger, als bei dem  
Schlichtendruck (links). Der Preisabbaulastung ist möglich war.  
(Widerstand links). Der Preisabbaulastung ist möglich war.  
Ich bin nicht von den Zuständen im Lande allein abhängig.  
Wir müssen an der Zwangsirtschaft festhalten für Brot,  
Milch und Zucker. Die deutsche Landwirtschaft durchläuft  
heute ein Krisenstadium, welches Verantwortungsgelüb,  
sittlicher Ernst müssen bei ihren Vertretern lebendig  
werden. Das Ministerium wird durch eine großartige Pro-  
paganda die Gemütern in diesem Sinne stärken. Die Preis-  
prüfungstellen sind weiter auszubauen. Die Brot-

getreideernte des laufenden Wirtschaftsjahres ist  
gegen das Vorjahr um fast 25 Prozent zurück-  
gegangen. Die Ablieferung besonders in den letzten  
Wochen hat sich verschlechtert. Die schmerzlose  
Preisgabe der Deputierten hat den Schlichtendruck be-  
günstigt. Eine weitgehende Aufklärung über die un-  
günstige Lage unserer Brotgetreideerzeugung und die schädliche Ab-  
lieferung soll einleiten unter Zustimmung der Wirtschaft  
und Verbraucher. Die Regierung ist entschlossen, die Ernährung  
der Bevölkerung sicherzustellen. Die weitere Einfuhr von  
Brotgetreide wird nur möglich sein, wenn wir weiter die  
Vorschuße aus dem Spa-Abkommen erhalten. Eine weitere  
Erhöhung der Mehlpreise ist jetzt nicht möglich. Demnach  
werden Besprechungen stattfinden darüber, welche neuen  
Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1921/22 zu treffen  
wären. Die günstige Futterlage ist zwar den Gesundheits-  
zustand des Viehs geföhren, doch dürfen wir nicht wie vor  
bei Einführung von Kräftigen und Milch. Ich  
danke hiermit allen den hochverehrten Spendern und Gönnern  
im Auslande, die unseren armen Kindern geföhren haben.  
(Beifall). Die Schwermacht muß gefördert werden. Die  
Aufhebung der Zwangswirtschaft für Margarine hat gütig  
gewirkt. Der Abbau der Kriegsgeldschulden ist so weit  
durchgeführt, daß über den 1. Januar hinaus nur noch fünf  
Kriegsorganisationen weiterarbeiten werden. Der Ver-  
einbestand wird überall nach Möglichkeit verringert. Die  
Einheitskraft des Reiches bezüglich der Lebensmittel läßt  
eine Senkung der Preise in der Zukunft er-  
hoffen. Dem Schmuggel mit Lebensmitteln an der hol-  
ländischen Grenze wird energisch entgegengetreten. In der  
Dünemittelfrage muß eine Einheitskraft der Reichs- und  
Erhöhung der Produktion der Düngemittel erreicht  
werden. An einer Verbilligung ist allerdings nicht zu denken.

Abg. Braun-Duffendorf (Soj.): Wenn sich die Landwirt-  
schaftsproduktion weiter in der Richtung bewegt wie jetzt,  
müssen alle Beschlüsse nichts, sie führt zur Hungersnot. Noch  
immer sinkt die kurze unserer Produktion. Die Haupt-  
ursache dafür ist die Verarmung unseres Bodens. Darum  
müssen die künstlichen Düngemittel vermehrt produziert  
werden. Vor allem aber genügt noch lange nicht die Nach-  
frage nach diesen Düngemitteln. Es fehlt der Wille der  
Landwirte zum intensiven Betrieb. Das Reich muß die Her-  
stellung der künstlichen Düngemittel in die Hand nehmen.  
Wenn wir nicht acht Maßnahmen ergreifen, werden  
die Düngemittel billiger und sogar unkonsumierbar.  
In den 15 Milliarden für künstliche Düngemittel.  
Eine Stabilisierung der Düngemittelpreise wäre falsch, denn  
damit würde die derzeitige ungenügende Verwendung der  
Düngemittel stabilisiert, die zu einer Vollernte nicht aus-  
reicht. Er befragt Johann den Fall Augustin-Ramm und  
verlangt eine Untersuchung seitens der Ernährungsminister  
sowie über einen Brief Ramm, in dem vermutlich nach-  
träglich eine Festschreibung vorgenommen worden ist. Dem  
Minister hätte die ganze Angelegenheit längst bekannt sein  
müssen. Die Gegenrichtung gegen den Vorschlag der Sozial-  
isierung der Düngemittel geht aus vom dem Produzenten, die  
in ihren Interessen liegen.

Reichsminister Hermes: Der betreffende Brief des  
Staatssekretärs Ramm an mich ist vom 7. Mai datiert, aber  
offenbar irrtümlich. Der Brief ist ohne meine Zustimmung  
zur Verfügung. Ich bin darauf zu Ramm gegangen. Dieser  
hat mir Mitteilungen gemacht, wonach wieder die Festschreibung  
Augustin zugegeben hat, aber ungenügend. Bei Hermes  
habe er sich nicht erklart, daß nicht verstanden. Gegen die Sozial-  
isierung der Düngemittelproduktion habe ich schwere  
Bedenken. Die Ausfuhr von Stickstoff ist sehr wichtig, um bei-  
den haben anzuheben für den Weltmarkt. Der eigene  
Schwund und die Ausfuhr muß auf vernünftige Weise  
begrenzt werden.

Abg. Braun (als preussischer Landwirtschafterminister)  
erklärt, die meisten Landwirtschaftsminister, besonders die  
von Bayern und Mecklenburg, seien für seine Vorschläge ge-  
wogen. Ueber den fraglichen Brief konnte vielleicht ein  
Schlichterbefehliger entschieden. Er habe keinen Grund,  
an den Auslagen seines Staatssekretärs zu zweifeln.

Reichsminister Hermes: Er wolle den Minister Braun  
bei seinem Glauben lassen und die Gerichtsverhandlung ab-  
warten.

Reichsanwalt Fehrenbach: Die Vorgänge der letzten  
Stunde sind tief bedauerlich. Er richtig richtig und in der  
Mitte). Dene auf den sachlichen Inhalt der Debatte ein-  
zugehen muß ich lassen. Wie ist eine einheitliche Reichspolitik  
möglich, wenn ein Abgeordneter, der zugleich Minister eines  
Landes ist, solche Angriffe provoziert. (Ankündiger Beifall  
rechts und im Zentrum.)

Preussischer Minister Braun: Er müßte sich das Recht  
wahren, als Abgeordneter die Meinung seiner Partei zum  
Ausdruck zu bringen. Im übrigen habe er vor Angelegen-  
den der Hauptausfuhr abgesehen. Er bebaute, daß gewisse  
Kreisen daran zu liegen scheint, einen Gegensatz zwischen ihm  
und dem Reichsminister heraufzuziehen.

Präsident Loebe schlägt vor, die Beratung abzubrechen.

Abg. Heine (U. S.) hat die Tagesordnung, betraut die  
Stellungnahme des Reichsausschusses in dieser Frage.  
Präsident Loebe: Das war nicht der Gegenstand.  
Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Anfragen, Kanon-  
feuer usw. (Schluß nach 6 Uhr).





